A2

Antrag

Initiator*innen: dbb jugend (dbb jugend)

Titel: **Leitantrag "Staatsmodernisierung"**

Antragstext

Vorwort

Die Bundesrepublik Deutschland ist der verlässliche Anker für Demokratie, Freiheit und Sicherheit in Europa und der Welt. Dies ist er insbesondere für seine Bürgerinnen und Bürger. Der Staat garantiert mit seinen funktionierenden Institutionen für das alltägliche Zusammenleben und das Gemeinwohl der Menschen, die in der B.R.D. leben oder sie besuchen und er diente stets als Vorbild für andere Nationen, u.a. mit Blick auf eine lebhafte Demokratie, effiziente Strukturen, Förderung von Bildung und Wissenschaft, Sicherheit, bei der Wahrung von Menschen- und Bürgerrechten sowie Innovationsfähigkeit. Hierfür schaffte der Staat die Rahmenbedingungen und förderte die Entwicklung verschiedenster Lebensbereiche.

Ein funktionierender Staat bedarf jedoch einer ständigen (selbst-)kritischen Betrachtung, insbesondere hinsichtlich Funktionalität, Fehler der Vergangenheit zu beheben, auftretende Probleme und Konflikte der Gegenwart innerhalb und außerhalb seiner Grenzen zu lösen und sich auf bevorstehende Herausforderungen und Entwicklungen vorzubereiten.

Dieser selbstkritischen Aufgabe hat sich der Staat über viele Jahre nicht angenommen, sodass eine Vielzahl bestehender Problemstellungen der Gegenwart und der Zukunft, beispielsweise durch ineffiziente föderale Strukturen, marode Infrastrukturen, ein veraltetes Bildungswesen und einer entwicklungsgehemmten Wirtschaft, zeitverzögert nur unter großen Kraftanstrengungen und einem erheblichen Mehraufwand gelöst werden können, sodass das Wohl und das Zusammenleben der Menschen in diesem Staat in seiner bekannten Form nicht mehr gewährleistet werden können.

Staatsmodernisierung

Zur Bewältigung dieser Aufgaben fordern wir eine umfassende Staatsmodernisierung, bei der es erforderlich ist, dass der Staat nicht nur seiner Eigenschaft als Dienstleister gegenüber der Bevölkerung erfüllt, sondern auch die eigenen Prozesse zielgerichtet optimiert und zukunftsfähig aufstellt.

Hierzu ist es notwendig die vorliegenden Prozesse des Staates und seiner Instutionen kritisch zu hinterfragen, praxistauglich zu gestalten und anschließend in das digitale Zeitalter zu überführen. Eine „Digitalisierung um jeden Preis“ darf nicht dazu führen, dass Prozesse komplizierter in ihrer alltäglichen Umsetzung werden, zusätzliche Arbeitsschritte erforderlich machen und damit den Fortschritt bremsen.

Die Modernisierung des Staates soll dazu dienen, den Arbeitsalltag der Menschen zu verbessern und nicht komplizierter zu gestalten. Hierbei bedarf es einer engen Einbindung der Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in die notwendigen Optimierungsprozesse, um praxisnahe Verbesserungen wirksam in allen Ebenen zu erzeugen.

Um eine flächendeckende und umfassende Staatsmodernisierung durchführen zu können, ist es weiterhin erforderlich, die föderalen Strukturen in ihrer Gesamtfunktionalität zu überprüfen. Bund, Länder und Kommunen müssen die Kräfte bündeln und hierbei einen engen Austausch pflegen, um die täglichen Aufgaben und die anstehenden Entwicklungsprozesse mit gemeinsamen Lösungen zu bewältigen.

Die verschiedenen Institutionen können hier voneinander profitieren, indem Kosten, z.B. für aufwendige Pilotierungsverfahren, reduziert werden, wenn gezielt auf bereits vorhandene Erfahrungsberichte zurückgegriffen wird und daraus gezielte Maßnahmen zur Weiterentwicklung für die eigenen Zuständigkeitsbereiche abgeleitet werden, die sich anderweitig bereits als zukunftsorientiert, praxistauglich und effizient erwiesen haben.

Zur konsequenten Umsetzung der Staatsmodernisierung bedarf es zudem einer Überprüfung sämtlicher Schnittstellen zwischen Behörden. Ein schneller und effektiver Datenaustausch muss vollständig, sicher und geschützt erfolgen. Hierbei ist zu überprüfen, ob eine Vielzahl von persönlicher Daten durch verschiedene Institutionen neu erhoben werden müssen oder ob durch eine flächendeckende Vernetzung eine übergreifende, sachgerechte Datennutzung zur Verschlankung von Prozessen dient. Dies bildet die Grundlage für einen Staat, der seine Arbeitsprozesse zukunftsfähig aufstellt, das Leben und den Alltag seiner Bevölkerung fördert und erleichtert.

Die Aufzählung der erforderlichen Maßnahmen ist nicht abschließend, sondern

bedarf einer stetigen und fortschreitenden Überprüfung. Die bevorstehenden Transformationsprozesse für den Staat werden die Mitarbeitenden der Institutionen sowie die Bürgerinnen und Bürger in einem herausragenden Ausmaß fordern. Der Staat darf diesen Prozess nicht nur als Wegbegleiter betreuen, sondern muss mit Verantwortung selbstbewusst, entschlossen und mutig als Lokomotive den Zug des Fortschritts in Richtung Zukunft ziehen, damit die Menschen in einem zukunftsfähigen, effizienten und wehrhaften Staat glücklich und zufrieden leben.